Die Schwierigkeiten mit der Integration

Gastbeitrag
Der frühere Kulturamtsleiter kommentiert das Handeln der Stadt bei der Moschee auf der Spremberger Straße.

Von Stefan Waldau

Mit dem Freitagsgebet im Gebetsraum auf der Spremberger Straße in Görlitz ist vorerst Schluss, weil die Stadt die Nutzung der Räume untersagt hat.
Foto: Pawel Sosnowski

Was in der Spremberger Straße an Pro und Kontra für einen Gebetsraum für Muslime alles passierte, ist für den Zeitungsleser nicht zweifelsfrei zu beurteilen, da neben widersprüchlichen Meldungen auch zuletzt getroffene Vereinbarungen nicht öffentlich gemacht wurden. Das ändert aber nichts daran, sich zu der Angelegenheit äußern zu müssen, weil sowohl stadt- als auch landespolitisch durch den Landtagsabgeordneten Octavian Ursu eindeutige Positionen wiedergegeben werden, die nicht so stehen bleiben sollen. Sie haben das Zeug dazu, die Gesellschaft weiter zu spalten, als es ohnehin schon der Fall ist, und zwar nicht nur die Einheimischen untereinander, sondern auch in die neu Hinzugekommenen gegenüber den Einheimischen, die uns in unserem so schön eingefahrenen Leben nur stören.

Stadtsprecher Wulf Stibenz beruft sich bei der Ablehnung einer Hilfestellung für die muslimischen Mitbürger für einen Ort zum Gebet auf den Gleichbehandlungsgrundsatz bei der Religionsfreiheit, was zur Folge habe, dass keine städtischen Liegenschaften für religiöse Zwecke zur Verfügung gestellt werden könnten. Das mag rechtlich grundsätzlich richtig sein. Dennoch müssen Zweifel angemeldet werden. Ein Gleichbehandlungsgrundsatz kann ja nur dann wirksam werden, wenn alle die gleichen Voraussetzungen oder zumindest vergleichbare Voraussetzungen haben. Das kann bei der Abfassung dieser Richtschnur auch nur zu Grunde gelegen haben. Die muslimischen Mitbürger haben durch ihre Flucht aber oft nur ihre nackte Haut gerettet und sind zunächst zu hundert Prozent auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Sie haben also nicht annähernd eine Chance, ihre religiösen und andere berechtigten Bedürfnisse gemäß ihrer kulturellen Traditionen zu verwirklichen. Wie sollen sie auch nur im Ansatz diesen Gleichbehandlungsgrundsatz für sich umsetzen? Im Grundgesetz steht nicht nur, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, sondern auch, dass sich das deutsche Volk zu „unveräußerlichen Menschenrechten“ bekennt und dass dies die „… Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft …“ (Artikel1) ist. Sich unter den gegebenen Umständen auf den Gleichbehandlungsgrundsatz zurückzuziehen ist unter diesem Gesichtspunkt mindestens moralisch verwerflich und so ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Als Übergangslösung die Hand helfend auszustrecken erscheint zwingend geboten. Das umso mehr, da die Einlassung, die Stadt würde aus eben dem Gleichbehandlungsgrundsatz nicht zulassen, dass politische oder religiöse Veranstaltungen in städtischen Räumen stattfinden, falsch ist. Gregor Gysi war wenigstens einmal zu Gast im Görlitzer Theater. Das Gebäude gehört der Stadt. Seit 2006 waren auch andere politisch geprägte Veranstaltungen in städtischen Einrichtungen.

Der Appell an die Kirchen, wenn denn die Muslime diese Räume in Anspruch nehmen würden, ist nur allzu verständlich und ohne Abstriche zu unterstützen. Die Bibel bietet genügend Argumentationsmaterial für Hilfsbereitschaft.

Herr Ursu bewegt sich auf der gleichen Ebene mit seinen Einlassungen wie die Stadt. Es ist gewiss richtig, sich nicht von Emotionen leiten zu lassen, aber das schließt nicht Einfühlung und schon gar nicht für einen CHRISTdemokraten aus. Seine Drohgebärden kommen all denen zugute, die sich regelmäßig in Dresden auf dem Theaterplatz treffen oder am 3. Oktober zur Einheitsfeier in Dresden ihren Verstand und Anstand zu Hause ließen oder ihn gar ganz verloren haben, sehr entgegen. Wenn er glaubt, die wirklich großen Probleme von Zuwanderung und Integration in unserem Land auf diese Weise lösen zu können, dann muss ihm gesagt werden, dass wohl eher das Gegenteil zu befürchten ist. Sein Beitrag wäre dann eher einer zur Gefährdung „der menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit …“. Das Zitat stammt auch aus dem Grundgesetz. Ursus Anmerkung, dass er keine Art von Extremismus dulden werde, ist ein Sprachduktus, den man überwunden glaubte. Er macht einem nicht weniger Angst wie manche rechten und linken Ausfälle in unserem Alltag. Ist das die neue politische Kultur etablierter Parteien und Verantwortungsträger, die uns hilft, unsere Probleme zu bewältigen?

Die Einhaltung von Recht und Gesetz durch die Geflüchteten, sprich Integration, gelingt nur, wenn wir Einfühlung zeigen, um das ihnen Fremde nicht nur erträglich, sondern sympathisch zu machen, erstrebenswert, weil es individuelle Kräfte freisetzt, die Selbstwertgefühl und positive Mittäterschaft an der Demokratie bewirken. Helfende Begleitung ist angesagt, aber keine Kaltschnäuzigkeit, wie die Stadt sie durch den Mund von Herrn Stibenz praktiziert und Drohgebärden, wie sie Herr Ursu öffentlich kundtut. Auf diese Weise gehen wir genau auf dem Weg weiter, wie er vor Jahrzehnten unseren türkischen Mitbürgern gegenüber beschritten wurde. Das Ergebnis sehen wir heute, indem Tausende Erdogan ihr Ohr schenken, obwohl sie ihr Leben in unserem Land verbracht haben. Sie sind offenkundig hier nie wirklich angekommen. Warum wohl? Die öfter zu hörende Mahnung, unsere abendländische Kultur verteidigen zu müssen, ist in der Tat eine Notwendigkeit. Allerdings in der Weise, dass die Erkenntnisse in Religion, Philosophie, Geschichte und anderen Bereichen in Europa über die Jahrhunderte nicht als Argument zur Abschottung, sondern als Grundlage zur Verbesserung des Menschen niedergeschrieben wurden. Es wäre ein fatales Zeichen für Ignoranz, wenn die europäischen Errungenschaften, die unseren Kontinent groß gemacht haben, plötzlich nichts mehr wert sein sollen. Und auf die jüngere europäische und insbesondere deutsche Geschichte bezogen wäre es ein fatales Zeichen für Lernunfähigkeit.

Der Autor

■ **Stefan Waldau** ist früherer Kulturamtsleiter der Stadt Görlitz und Begründer des Straßentheaterfestivals Viathea.